
Arbeitsblatt 3: Umstrittene Reformen von Medien und Verfassungsgericht

Quelle 1: Kritik an Polen

Der Vorsitzende der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber, hat die politische Entwicklung in Polen kritisiert. Die Regierung stelle „zentrale europäische Prinzipien und Werte zur Debatte“, sagte der stellvertretende CSU-Vorsitzende den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Es sei „höchst problematisch“, die Rechte des Verfassungsgerichts einzuschränken oder in die Unabhängigkeit der Medien einzugreifen. Diese Entscheidungen der Regierung in Warschau bereiteten Sorge. Die europäischen Institutionen würden die Handlungen der polnischen Regierung genau beobachten, sagte Weber. Kritikern zufolge höhlt der Umbau des Verfassungsgerichts die Gewaltenteilung aus und droht, das Gericht zu lähmen. So wird für dessen Entscheidungen eine Zweidrittel-Mehrheit statt einer einfachen Mehrheit verlangt. Außerdem beschloss die Regierung, die öffentlich-rechtlichen Medien an die kurze Leine zu legen. Die Senderchefs werden künftig direkt durch die Regierung ernannt und abberufen. Die PiS hatte im Oktober die absolute Mehrheit im Parlament gewonnen und baut seither das politische System Polens um.

Aus: <https://www.tagesschau.de/ausland/evp-polen-103.html> (Zugriff: 19.02.2016).

Quelle 2: Rechtfertigung für die politischen Maßnahmen der neuen polnischen Regierung

Aus einem Interview der Badischen Zeitung vom 11.01.2016 mit dem Soziologen und Kaczyński-Berater Zdzisław Krasnodębski über die Kritik in der EU an Polen.

BZ: Wenn Sie die Vorgängerregierung derart scharf kritisieren, müsste die PiS dann nicht erst recht die Unabhängigkeit der Justiz und der staatlichen Medien stärken, statt sie an die Kandare zu legen?

Krasnodębski: Sie hätten Recht, wenn man in Polen vom Modell einer idealen Demokratie ausgehen könnte. Wenn alles gut geht, können wir uns diesem Modell in ein paar Jahren vielleicht annähern. Aktuell geht es aber darum, demokratische und vor allem politische Defekte unseres Staatswesens zu reparieren, für die unsere Vorgänger verantwortlich sind, genau genommen alle Regierungen seit 1989. Die Justiz und die Medien standen bei uns seitdem immer unter starkem politischem Einfluss. Man kann das bedauern, aber es ist so.

BZ: Die PiS hat aber in einem Eilgesetz die öffentlich-rechtlichen TV- und Rundfunksender unter Aufsicht der Regierung gestellt. Von Unabhängigkeit staatlicher Medien kann bald keine Rede mehr sein.

Krasnodębski: Ich nehme Ihre Kritik durchaus an. Ich fürchte allerdings, dass Sie, wie viele westliche Journalisten und Politiker, maßlos unterschätzen, was sich in den vergangenen acht Jahren in der polnischen Politik und Gesellschaft abgespielt hat. Die Regierungszeit von Donald Tusk und seinem wichtigsten Parteifreund, dem Präsidenten Bronisław Komorowski, war eine Zeit der absoluten Konzentration der Macht in den Händen eines politisch-ökonomischen Komplexes. Die Opposition wurde faktisch mundtot gemacht, insbesondere in den Medien. Man hat viele Redaktionen, auch mit Hilfe aus der kapitalstarken Wirtschaft, von kritischen Journalisten gesäubert. Im Westen ist all das nicht zur Kenntnis genommen worden, wahrscheinlich weil Tusk außenpolitisch pflegeleicht war. Die jüngsten Eilgesetze der PiS-Regierung haben allein das Ziel, die Pluralität und Ausgewogenheit in den Medien und auch im Verfassungsgericht wiederherzustellen.

Aus: <http://www.badische-zeitung.de/ausland-1/kaczynski-berater-haelt-kritik-an-polen-fuer-ueberzogen--116022956.htm> (Zugriff: 19.02.2016).

Aufgaben

1. Stellen Sie Kritik und Rechtfertigung der Vorgehensweise aus beiden Texten gegenüber. Diskutieren Sie darüber in der Klasse!
2. Warum bezeichnet der EU-Abgeordnete Weber es als „höchstproblematisch“, die Rechte des Verfassungsgerichts einzuschränken oder in die Unabhängigkeit der Medien einzugreifen?
3. Welche Position in den beiden Quellen finden Sie überzeugender und warum?